LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Sitzungsprotokoll

Integrationsbeirat für Hansestadt und Landkreis Lüneburg

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.09.2022
Sitzungsdauer:	17:30 bis 20:05 Uhr
Sitzungsraum:	Sitzungsraum BIB, Am Schwalbenberg 18, 21337 Lüneburg
Sitzungsart:	öffentlich/nichtöffentlich

Lüneburg, den 30. September 2022

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt.
Die erforderlichen Unterschriften befinden sich auf dem Originalprotokoll in der Kreisverwaltung.

Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Mareike Panteli - Bündnis 90/Die Grünen (Stadt)	17.30 bis 20.05 Uhr

Rat der Hansestadt

Frau Antje Henze - Rat der Hansestadt	17.30 bis 20.05 Uhr
Herr Sören Pinnekamp - CDU (Stadt)	17.30 bis 20.05 Uhr
Frau Hannah Schuch - DIE LINKE- Stadt Lüneburg	17.30 bis 20.05 Uhr

Mitglieder des Gremiums (KTA)

Frau Janine Burkhardt - DIE LINKE	17.30 bis 20.05 Uhr
Herr Nikolai Anton - FDP	17.30 bis 20.05 Uhr
Frau Batja Schädel - Bündnis 90/Die Grünen	17:30 bis 20:05 Uhr Vertretung für: Herrn Matthias Wiebe
Herr Jürgen Scherf - CDU	17.30 bis 20.05 Uhr

Beratende Mitglieder

Herr Johan Vogelaar - Vertreter der AWOSOZIALe Dienste	17.30 bis 20.05 Uhr
Frau Nurka Casanova - Vertreterin des Kreissportbundes	17:30 bis 20:05 UhrVertretung für: Frau Susanne Pöss
Frau Olga Arnold - Migrantenvertreterin	17.30 bis 20.05 Uhr
Herr Mohammad Daw - Migrantenvertreter	17.30 bis 20.05 Uhr
Frau Lucy Grimme - Migrantenvertreterin	17.30 bis 20.05 Uhr
Herr Theudas Tafara Mambondo - Migrantenvertreter	17.30 bis 20.05 Uhr
Frau Dr. Nuria Miralles Andress - Migrantenvertreterin	17.30 bis 20.05 Uhr
Frau Ninette Poetzsch - Migrantenvertreterin	17.30 bis 20.05 Uhr
Frau Pervin Pölleritzer - Migrantenvertreterin	17.30 bis 20.05 Uhr
Herr Murtaza Wahidi - Migrantenvertreter	17.30 bis 20.05 Uhr

Verwaltung Landkreis

Frau Karin Kuntze - Verwaltung	17.30 bis 20.05 Uhr
Frau Freia Srugis - Fachdienstleiterin	Vertretung für: Frau Yvonne Hobro

Verwaltung Hansestadt

Frau Ute Simkes -	17.30 bis 20.05 Uhr

Tagesordnung:

(öffentlich)

1. Begrüßung

2. Einwohnerfragestunde

3. Feststellung der ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit

4. Feststellung der Tagesordnung

5. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 09.06.2022

6. Vorstellung des Integrationskonzeptes

7. Berichte aus den Verwaltungen zur aktuellen Zuwanderung und den sich daraus ergebenden Herausforderungen

8. Antrag der AWO über die Verabschiedung einer Resolution des IBR gegen die Ungleichbehandlung von Geflüchteten basierend auf ihrer nationalen Zugehörigkeit und ihrer Weiterleitung an die Antidiskriminierungsberatung Lüneburg und die Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes

9. Bericht aus dem NIR: Vorstellung der Ergebnisse des Fachtags der Arbeitsgemeinschaft Antirassismus und Auswirkungen auf die Arbeit des IBR

10. Kurzberichte der Vertreter*innen des IBR aus den Ausschüssen und Gremien

10.1. Zukunftsstadt

10.2. Antidiskriminierungsnetzwerk

10.3. Wochen gegen Rassismus

11. Workshop zur Themenfindung

12. Informationen zum Ablauf von politischer Entscheidungsfindung und der Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung

13. Beratung über einen Formulierungsvorschlag der Verwaltung als Vorlage für einen Antrag des IBR zur Änderung der Satzung des IBR, um in der nächsten Wahlperiode Migrantinnen und Migranten als beratende Mitglieder in Ausschüsse berufen zu können

14. Terminierung der Integrationspreisvergabe

15. Bericht aus der Geschäftsstelle / Erklärung KMUT

16. Anfragen

17. Schließung der Sitzung

Protokoll:

(öffentlich)

TOP-Nr. 1 Begrüßung

Frau Panteli begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:40 Uhr.

TOP-Nr. 2 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

TOP-Nr. 3 Feststellung der ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlußfähigkeit werden festgestellt.

TOP-Nr. 4 Feststellung der Tagesordnung

Zu TOP 10 wird der Bericht zum neuen Projekt der Hansestadt „Resiliente Innenstadt“ aufgenommen.

Unter TOP 15 werden der Bericht zu einer Veranstaltung der SPD von Frau Henze und der Bericht über die angekündigten Kürzungen im Migrationsbereich von Herrn Vogelaar aufgenommen.

TOP-Nr. 5 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 09.06.2022

Beschluss:

Es wird um Korrektur der Ortsangabe in TOP 7 Holzminden anstelle Holzkirchen gebeten. Der Name von Frau Ahi in TOP 11.1. soll gestrichen werden.
Das Protokoll wird einstimmig bei drei Enthaltungen genehmigt.

TOP-Nr. 6 Vorstellung des Integrationskonzeptes

Frau Kuntze stellt das aktuelle Integrations- und Teilhabekonzept des Landkreises vor. Das Land Niedersachsen hatte im Oktober 2020 den Auftrag an die Koordinierungsstellen Migration und Teilhabe erteilt, bestehende Integrationskonzepte entweder fortzuschreiben oder neu zu erstellen. Der Landkreis Lüneburg hat nach mehreren Beteiligungsrunden mit unterschiedlichen Akteursgruppen, zu denen auch der Integrationsbeirat im Rahmen von vier Workshops und drei Gesprächen eingeladen war, sein Konzept fristgerecht eingereicht. Das Konzept wurde als eins von drei best practice Beispielen vom Niedersächsischen Sozialministerium zur Präsentation auf Bundesebene ausgewählt. Das Integrations- und Teilhabekonzept wird als Anlage beigefügt

---

TOP-Nr. 7 Berichte aus den Verwaltungen zur aktuellen Zuwanderung und den sich daraus ergebenden Herausforderungen

Frau Simkes berichtet, dass die Stadt die Unterbringung von Geflüchteten der im April zugeteilten Quote von 1250 Menschen zu etwa zwei Dritteln erfüllt habe. Eine neue Quote wurde angekündigt. Bisher liegen aber noch keine Zahlen vor. Zu Anfang hatte es noch ausreichend Unterkünfte gegeben, inzwischen wird es, auch mit Blick auf die noch zu erwartenden Geflüchteten, nötig, die „Turnhalle Im Grimm“ zu einer Notunterkunft umzugestalten. Außerdem prüft die Stadt Stellplätze für weitere Container-Siedungen. Es müssen sowohl Ukrainer:innen als auch Menschen anderer Nationen untergebracht werden. Es ist das Ziel der Stadt, die Sozialarbeit weiterhin so auszurichten, dass auf 50 Zugewanderte jeweils eine Sozialarbeiterstelle in Vollzeit besetzt wird. Es wird dringend nach neuen Sozialarbeiter:innen gesucht. Bisher konnte allen Kindern ein Schulplatz zugewiesen werden. Das könnte sich in Zukunft als schwierig erweisen. Darüber hinaus werden in Kooperation mit der VHS und Krass e.V. Maßnahmen zur Beschäftigung und zum Deutschlernen angeboten.

Frau Srugis berichtet, dass die Unterkunft in Sumte als Zwischenaufenthalt für zwei Wochen geplant war, um die Menschen dann in die einzelnen Kommunen des Landkreises weiterzuleiten. Die Kommunen hatten bisher die Möglichkeit, je nach Unterbringungsangeboten, die zur Verfügung gestellt wurden, Personen(gruppen) abzurufen. Inzwischen gestaltet sich die Suche nach Unterkünften in den Gemeinden äußerst schwierig, sodass sich die Aufenthaltsdauer in Sumte erheblich verlängert, aktuelle auf zwei Monate. Kinder können erst dann eingeschult werden, wenn die Familie einer Gemeinde zugewiesen wird. Eine besondere Herausforderung besteht in der Unterbringung von Großfamilien. Der Landkreis steht mit der VHS in regelmäßigem Austausch, um, je nach Verfügbarkeit, Angebote für Geflüchtete auch vor Ort in Sumte zu generieren.

Frau Miralles Andress fragt nach, ob es Qualitätskontrollen der in Sumte eingesetzten Träger für die soziale Betreuung gäbe, da ihr von großem Unmut und Unzufriedenheit von Geflüchteten berichtet wurde. So käme es zu zahlreichen Konflikten von Geflüchteten untereinander.

Frau Srugis betont die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem ASB und dem DRK, die für Sumte zuständig sind. Es gäbe jedoch tatsächlich Probleme, weil Menschen aus ganz unterschiedlichen Regionen der Welt mit unterschiedlichen Fluchterfahrungen und Lebensgewohnheiten in einer sehr ungewissen und angespannten Situation auf engem Raum zusammen leben müssten. Schon die Ansprüche an die Verpflegung seien sehr unterschiedlich. Darüber hinaus werden dem Landkreis Lüneburg nun auch immer mehr Menschen aus den Landesaufnahmebehörden (LAB's) z.B. aus Oerbke zugewiesen, da einzelne LAB's geräumt werden. So gelangen zusätzlich zahlreiche Menschen mit schweren Erkrankungen oder Geflüchtete ohne Bleibeperspektive in den Landkreis. Letzteres führt zu einer starken Überlastung der Ausländerbehörde.

Das Kulturmittler-Angebot wird weiterhin vom Landkreis finanziert. Der ursprünglich zu Anfang der Aufnahme von Ukrainer:innen angebotene Sprachmittler-Dienst des Landkreises, der insbesondere für die Kommunikation mit Ämtern in Hansestadt und Landkreis Lüneburg vorgesehen war, lässt sich unter dem Aspekt der Gleichbehandlung von Geflüchteten, die aus unterschiedlichen Sprachräumen der Welt in Sumte leben, nicht mehr rechtfertigen und übersteigt auch die zur Verfügung stehenden Mittel.

Inzwischen bieten viele Institutionen ihre Formulare auch auf Russisch und Ukrainisch an. Und auch die sehr gute Vernetzung der Ukrainer:innen untereinander und die gute Anbindung an die Sozialarbeit hilft. Die Kulturmittler der AWO fokussieren sich auf den Bereich Bildung. Nicht alle Sprachen können vorgehalten werden.

Medizinische Vesorgung

Frau Kuntze berichtet, dass Migrant:innen in Hansestadt und Landkreis Lüneburg nicht mehr ausreichend Zugang zu medizinischer Versorgung haben, da Ärzte verlangen, dass sie einen Dolmetscher mitbringen, andernfalls würden Zugewanderte nicht mehr als Patienten aufgenommen und behandelt. Dies hat sie dem Sozialministerium, der niedersächsischen Migrationsbeauftragten, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Kooperativen Migrationsarbeit Niedersachen bereits in einer, als Anlage beigefügten, Mängelanzeige bekannt gegeben, die auch einen Lösungsvorschlag enthält. Es ist wichtig und dringend, dass dieses Thema von der Politik im Blick behalten wird, da eine Unterversorgung von einzelnen Gruppen aufgrund von Sprachkenntnissen und Herkunft jeden einzelnen, nicht versorgten Menschen gefährdet, was möglicherweise hohe Folgekosten nach sich ziehen kann, eine Diskriminierung darstellt, zur weiteren Stigmatisierung von Migrant:innen führt und nicht zuletzt negative Auswirkungen auf die allgemeine öffentliche Gesundheit haben kann.

TOP-Nr. 8 Antrag der AWO über die Verabschiedung einer Resolution des IBR gegen die Ungleichbehandlung von Geflüchteten basierend auf ihrer nationalen Zugehörigkeit und ihrer Weiterleitung an die Antidiskriminierungsberatung Lüneburg und die Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes

Der Antrag auf Verabschiedung einer Resolution, die sich gegen die Ungleichbehandlung von Geflüchteten unterschiedlicher Herkunft richtet und gleiche Teilhabechancen und Rechte einfordert wird, wird von Herrn Vogelaar begründet.
Frau Panteli und Frau Burkhardt legen einen Formulierungsvorschlag vor. Die Resolution soll dem NIR übergeben und dort mit anderen Resolutionen aus anderen Beiräten als Grundlage für ein Positionspapier genutzt werden, Darüber wird am 12.11. 2022 anlässlich der nächsten NIR-Plenar-Sitzung in Hannover entschieden.
Das vom NIR erarbeitete Positionspapier soll dann an die Kommission für Migration und Teilhabe des neu gewählten Landtags gerichtet werden. Die Resolution wird in der vorliegenden Form einstimmig bei fünf Enthaltungen verabschiedet.
Im Nachhinein stellt Herr Pinnekamp den Antrag, dass eine endgültige Entscheidung über die Resolution noch einmal vertagt werden solle, damit zunächst in den Fraktionen darüber beraten werden könne. Frau Grimme merkt an, dass der Einwand zu spät komme, da eine bereits vorgenommene Abstimmung Gültigkeit besäße. Darüber hinaus sei eine zeitnahe Entscheidung nötig, da sich der IBR nicht mehr vor der nächsten Sitzung des NIR im November treffen würde. Eine Entscheidung Anfang Dezember käme also für den NIR zu spät. Der Antrag von Herrn Pinnekamp wird daher gar nicht erst zur Abstimmung gestellt. Herr Pinnekamp macht darauf aufmerksam, dass im Protokoll vermerkt werden solle, dass einzelne Politiker:innen mit diesem Vorgehen nicht zufrieden gewesen seien und zukünftig den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden solle, sich auf Entscheidungen vorzubereiten.

TOP-Nr. 9 Bericht aus dem NIR: Vorstellung der Ergebnisse des Fachtags der Arbeitsgemeinschaft Antirassismus und Auswirkungen auf die Arbeit des IBR

Frau Grimme und Frau Kuntze waren an der Ausgestaltung eines Fachtags zum Thema Rassismus in Salzgitter beteiligt. Frau Kuntze hat die Dramaturgie des Fachtags erarbeitet, Frau Grimme war als Gastgeber im World-Café vorgesehen. Leider konnten beide aus Krankheitsgründen letztendlich an der Veranstaltung selbst nicht teilnehmen. Sollte eine Dokumentation erstellt worden sein, wird diese nachgereicht.

TOP-Nr. 10 Kurzberichte der Vertreter*innen des IBR aus den Ausschüssen

und Gremien

TOP-Nr. 10.1 Zukunftsstadt

entfallen

Anstelle des Berichtes über das Projekt Zukunftsstadt, berichtet Frau Panteli von einem neuen Projekt der Hansestadt unter dem Titel „Resiliente Innenstädte“.
Der Integrationsbeirat wurde eingeladen, eine /einen migrantischen Vertreter:in in die sich neu konstituierende Steuerungsgruppe zu entsenden, die aus 26 Personen aus verschiedenen institutionellen Gruppen und Initiativen bestehen soll. Es werden zwei bis vier Sitzungen pro Jahr stattfinden.
Bis 2027 sollen auf diese Weise Konzepte entstehen. Die Auftaktveranstaltung hat bereits am 13.09.2022 stattgefunden. Das Gremium entscheidet einstimmig, dass die Benennung eines /einer Vertreter:in aus der Gruppe der Migranten heraus erfolgen sollte. Diese Gruppe wird ermächtigt, eine Entscheidung darüber zu treffen, wer das sein könnte und dem IBR das Ergebnis bei der nächsten Sitzung zur Kenntnis zu geben.

TOP-Nr. 10.2 Antidiskriminierungsnetzwerk

entfallen

TOP-Nr. 10.3 Wochen gegen Rassismus

Frau Casanova schlägt, in Vertretung der nicht anwesenden Sprecher für diesen Themenbereich vor, die Gründung einer Arbeitsgruppe vor zur Vorbereitung einer Maßnahme im Rahmen der Wochen gegen Rassismus, die vom 20.03. bis zum 02.04.2023 unter dem Motto „Misch Dich ein“ stattfinden werden.
Das erste Planungstreffen fand am 13.09.2022 statt. Für die Arbeitsgruppe melden sich Herr Wahidi, Frau Poetzsch und Frau Miralles Andress. Darüber hinaus wird erwartet, dass auch die Mitglieder Herr Messaoud, Frau Ahi und Frau Opiani-Karimi an der Ideen-gebenden Arbeitsgruppe mitwirken, die als Sprecher für das Thema Wochen gegen Rassismus vom IBR in seiner ersten Sitzung benannt wurden.
Es geht zunächst einmal darum, Ideen für eine Veranstaltung zu finden, mit denen sich der IBR positionieren und präsentieren kann. Es wird angeregt ein Online-Dokument zur virtuellen

Zusammenarbeit zu nutzen. Außerdem werden die Politiker:innen besonders angesprochen und um Beteiligung gebeten.
Es folgt eine Diskussion, ob dieses Thema nicht eigentlich ein rein migrantisches sei. Dem widersprechen Frau Casanova und Frau Kuntze, die darauf hinweisen, dass es nicht richtig sein könne, dass lediglich den von Rassismus Betroffenen die Verantwortung zugemutet würde, Maßnahmen zu entwickeln, damit die Gesellschaft für Formen von Rassismus sensibilisiert wird und diese überhaupt als Problem und Herausforderung wahrnehmen, sondern gerade auch die nicht selbst von Rassismus Betroffenen gefordert seien, dazu beizutragen, am Wandel einer gesamtgesellschaftlichen Haltung gegenüber Rassismus mitzuwirken.
Wer sich – auch aus den Fraktionen heraus - noch zu einer Mitarbeit entscheiden möchte, ist herzlich willkommen. Auch wer sich als Ideengeber einbringen möchte, kann sich an Frau Miralles Andress wenden. Eine E-Mail mit Kontaktdaten wird durch das BIB zeitnah versendet. In der nächsten Sitzung des IBR sollen die gesammelten Ideen gesichtet werden und dann gemeinsam darüber abgestimmt werden, welches Vorhaben umgesetzt werden soll.

TOP-Nr. 11 Workshop zur Themenfindung

Frau Kuntze berichtet, dass auch über eine erneute Doodle-Abfrage kein Termin für einen Workshop zur Themenfindung gefunden werden konnte.
Das Gremium beschließt einstimmig bei zwei Enthaltungen, dass die nächste Sitzung am 06.12.2022 für eine Themenfindung genutzt werden soll.
Das bedeutet, dass die Teilnehmenden sich in der nächsten Sitzung dieses Jahres inhaltlich lediglich mit der Themenfindung und den Ideen für die Wochen gegen Rassismus befassen werden.

TOP-Nr. 12 Informationen zum Ablauf von politischer Entscheidungsfindung und der Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung

Frau Kuntze hat einen Leitfaden erarbeitet, wie Anträge gestaltet werden können. Dieser wird, zusammen mit einem Informationsblatt der Geschäftsstelle, verteilt. Beide Dokumente werden dem Protokoll angehängt.

Es wird darum gebeten, das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz für die migrantischen Mitglieder des Beirates zu beschaffen.

TOP-Nr. 13 Beratung über einen Formulierungsvorschlag der Verwaltung als Vorlage für einen Antrag des IBR zur Änderung der Satzung des IBR, um in der nächsten Wahlperiode Migrantinnen und

Migranten als beratende Mitglieder in Ausschüsse berufen zu können

entfallen

TOP-Nr. 14 Terminierung der Integrationspreisvergabe

verschoben auf die übernächste Sitzung

TOP-Nr. 15 Bericht aus der Geschäftsstelle / Erklärung KMUT

Frau Kuntze weist erneut auf den Solidaritätslauf „Meter für Meter gegen Diskriminierung“ hin, der am 24.09.2022 auf den Sülzwiesen stattfinden wird.

Sie macht auf die Beantwortung der Wahlprüfsteine durch die CDU und die Grünen aufmerksam, die bereits mit der Einladung zu dieser Sitzung verschickt wurden.

TOP-Nr. 16 Anfragen

Frau Henze berichtet über eine Veranstaltung mit der scheidenden Vorsitzenden der Kommission für Migration und Teilhabe des Niedersächsischen Landtags, an dem auch weitere hochrangige Gäste teilgenommen hatten.
Frau Grimme ergänzt, dass, wie sie selbst, auch weitere Migrant:innen, die sich im Beirat engagieren, an der Veranstaltung im Museum teilgenommen hatten, allerdings aus privatem Interesse und nicht als Vertreter:innen des IBR. Die Veranstaltung führte zu folgender Erkenntnis: Migrant:innen zu beteiligen bedeutet, Macht zu teilen und abzugeben. Sie lädt zu einer interfraktionellen Arbeitsgruppe ein, um dieses Thema zu besprechen. Wer daran interessiert sei, die Teilhabe von Migrant:innen in der Stadtgesellschaft zu verbessern, möge auf Frau Henze zukommen.

Herr Vogelaar macht darauf aufmerksam, dass erneut im Raum steht, dass das Land Niedersachsen die Mittel für die Migrationsberatung zu kürzen beabsichtigt in einer Zeit, in der gerade diese Beratungseinrichtungen durch den Massenzustrom an Geflüchteten von hoher Relevanz sind. Er weist

außerdem darauf hin, dass dadurch Arbeitsstunden wegfallen werden und Fachkräfte mit den benötigten Kompetenzen unter den angebotenen Bedingungen kaum mehr zu finden seien bzw. sich umorientieren würden. Er appelliert an die Politiker:innen, auf diese Problematik aufmerksam zu machen.

TOP-Nr. 17 Schließung der Sitzung

Frau Panteli schließt die Sitzung um 20:05 Uhr.